

EP will in Position zu Lieferkettengesetz mehr Unternehmen einbeziehen als geplant	1
Große EP-Mehrheit für verstärkten Schutz geografischer Angaben von Agrarprodukten	2
Nationalrat beschloss mit einfacher Mehrheit Lightversion von Energieeffizienzgesetz	3
Russland soll Inspektion ukrainischer Getreideschiffe neuerlich sabotieren	4
Anspringen der Grillsaison beflügelt Absatz und Schweinepreis in Europa	6
Rechnungshof kritisiert Überförderung von Bauern und Vermietern bei Coronahilfen	7
Messe "Land & Forst" in Wieselburg von Mikl-Leitner eröffnet	8
AMA-Fleischforum beschäftigt sich mit Nachhaltigkeit der Fleischwirtschaft	9
Landwirtschaftskammer NÖ: Intensiver Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis	10
Südzucker zahlt wegen Wettbewerbsvergehen in Österreich 4,2 Mio. Euro Buße	12

EP will in Position zu Lieferkettengesetz mehr Unternehmen einbeziehen als geplant

Geteilte Positionen und Reaktionen quer durch politische Lager

Brüssel/Wien, 2. Juni 2023 (aiz.info). - Das Europäische Parlament (EP) stimmte am Donnerstag in Brüssel mit 366 gegen 225 Stimmen und bei 38 Enthaltungen für seine Verhandlungsposition zum Entwurf der Kommission vom Februar 2022 zum EU-Lieferkettengesetz. Die Mitgliedstaaten haben sich zu dem Richtlinienentwurf schon im November 2022 positioniert. Nunmehr soll in Verhandlungen zwischen EP und Mitgliedstaaten ein Kompromiss verhandelt werden. Das EP will unter anderem mehr in der EU ansässige Unternehmen in das Lieferkettengesetz einbinden als ursprünglich geplant.

Demnach sollen die Vorgaben schon für in der EU ansässige Unternehmen, unabhängig von ihrer Branche, einschließlich Finanzdienstleistungen, mit mehr als 250 Beschäftigten und einem weltweiten Umsatz von über 40 Mio. Euro gelten sowie für Muttergesellschaften mit mehr als 500 Beschäftigten und einem weltweiten Umsatz von über 150 Mio. Euro. Nicht-EU-Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 150 Mio. Euro, wenn mindestens 40 Mio. in der EU erwirtschaftet wurden, würden ebenfalls einbezogen.

Die betroffenen Unternehmen sollen verpflichtet werden, negative Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Menschenrechte und die Umwelt, wie Kinderarbeit, Sklaverei, Umweltverschmutzung oder Verlust der biologischen Vielfalt, zu ermitteln und zu verhindern, zu beenden oder abzumildern. Außerdem müssten sie die Auswirkungen ihrer Partner in der Wertschöpfungskette auf die Menschenrechte und die Umwelt bewerten, und zwar nicht nur bei den Zulieferern, sondern auch bei Verkauf, Vertrieb, Transport, Lagerung und Abfallbewirtschaftung sowie anderen Bereichen.

Geteilte Positionen und Reaktionen quer durch politische Lager

Das EP hat immer wieder eine stärkere Rechenschaftspflicht von Unternehmen und verbindliche Rechtsvorschriften über die Sorgfaltspflichten gefordert. "Die Unterstützung des Europäischen Parlaments markiert einen bedeutenden Wendepunkt in unserem Verständnis der Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft. Ein Gesetz zur Unternehmensverantwortung muss sicherstellen, dass die Zukunft Unternehmen gehört, die Mensch und Umwelt auf nachhaltige Weise behandeln, und nicht solchen, die aus Ausbeutung und Umweltschäden ein Geschäftsmodell gemacht haben", so Berichterstatterin **Lara Wolters** (Niederlande, S&D). Dieses "Fair Business Law" unterstütze Unternehmen, die ihre Verpflichtungen gegenüber Mensch und Umwelt gewissenhaft erfüllen, und setze Grenzen für jene wenigen großen Unternehmen, die sich nicht an die Regeln halten und rücksichtslos agieren.

EVP-Abgeordnete forderten in der Plenardebatte etwa, den bürokratischen Aufwand zu stoppen. Auf heftige Kritik stieß die Position des EP aus Wirtschaftskreisen diverser Mitgliedstaaten. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) kritisierte, dem Gesetzesentwurf fehle es an Praxistauglichkeit, Verhältnismäßigkeit und Rechtssicherheit. Der deutsche Arbeitgeberverband BDA warnt vor zusätzlicher Regulierung und einer Abwanderung von Unternehmen. Der Österreichische Raiffeisenverband sprach von einer "weit über das Ziel schießenden" Regelung.

Vom EP unterstützte Regelungen sowie Kontrollen und Sanktionen

Die EP-Position sieht vor, dass Unternehmen einen Übergangsplan zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5° umsetzen müssten. Bei Großunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten solle sich die Erfüllung auf die variablen Boni der Unternehmensleitungen auswirken. Unternehmen sollen außerdem zur Auseinandersetzung mit Betroffenen von ihren Handlungen einschließlich Menschenrechts- und Umweltaktivisten, zu einem Beschwerdemechanismus und der Überprüfung der Wirksamkeit ihrer Sorgfaltspflicht verpflichtet werden. Um Anlegern Zugang zu erleichtern, sollte Information über die Sorgfaltspflicht auch über das zentrale europäische Zugangsportale (European Single Access Point, ESAP) verfügbar sein.

Wer die Vorschriften nicht einhält, sei schadenersatzpflichtig und könne von nationalen Aufsichtsbehörden mit Sanktionen belegt werden. Dazu zählen die namentliche Anprangerung, Rücknahme von Waren eines Unternehmens vom Markt oder Geldstrafen von mindestens 5% des weltweiten Nettoumsatzes. Nicht-EU-Unternehmen, die sich nicht an die Regeln halten, werden von der öffentlichen Auftragsvergabe in der EU ausgeschlossen. Die neuen Verpflichtungen sollten je nach Größe des Unternehmens nach drei oder vier Jahren gelten. Kleinere Unternehmen könnten die Anwendung der neuen Vorschriften um ein weiteres Jahr verschieben. (Schluss) pos

Große EP-Mehrheit für verstärkten Schutz geografischer Angaben von Agrarprodukten

Produkte mit 74,8 Mrd. Euro Wert geschützt - Position für Verhandlung mit Rat festgelegt

Brüssel/Wien, 2. Juni 2023 (aiz.info). - Das Europäische Parlament (EP) legte am Donnerstag in Brüssel mit 603 gegen 18 Stimmen und bei 8 Enthaltungen seinen Standpunkt für die Verhandlungen über neue Regeln für geografische Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse in der EU fest. Geografische Angaben (g. A.) kennzeichnen Produkte, deren Qualität, Merkmale oder Ansehen mit ihrem Ursprungsort verbunden sind. Geografische Angaben repräsentieren nicht nur ein wirtschaftliches und soziales Erbe, sondern schaffen auch einen wirtschaftlichen Mehrwert mit einem Verkaufswert der seit den 1970er-Jahren in mittlerweile nahezu 3.500 Einträgen geschützten Produkte von 74,8 Mrd. Euro, so Berichterstatter **Paolo De Castro** (Italien, S&D). Die g. A.-geschützten Produkte erzielen oft doppelt so hohe Preise wie solche ohne Zertifizierung. Das Parlament sei nun bereit, nach dem Vorliegen einer Ratsposition das Gesetz mit den Mitgliedstaaten zu verhandeln.

Die EU-Landwirte- und Genossenschaftsverbände Copa und Cogeca begrüßten in einer Aussendung den Ausgang des EP-Votums. Dieses sichere und verbessere das System der geografischen Angaben signifikant.

Das EP hält einen verstärkten Online-Schutz für diese Angaben erforderlich. Internet-Domänen, die unrechtmäßig den Namen einer g. A. verwenden, sollten automatisch geschlossen werden oder an eine Erzeugervereinigung übertragen werden, die die g.A. rechtmäßig nutzt. Dazu solle das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) ein Warnsystem für die Registrierung von Domänen einführen.

Das Parlament fordert eine beschleunigte Registrierung von geografischen Angaben. Die EU-Kommission sollte diese innerhalb von fünf Monaten registrieren. Die meisten Anträge zur Änderung bestehender Eintragungen geografischer Angaben sollten von den nationalen Behörden bearbeitet werden, ohne dass die Kommission erneut prüfen muss. Die Kommission solle mit ihrem Fachwissen im Bereich Landwirtschaft das System der geografischen Angaben weiterhin verwalten, anstatt es dem EUIPO zu übertragen. Schließlich fordert man mehr Rechte und Ressourcen für anerkannte Erzeugervereinigungen bei Festlegung von Mindestbedingungen für die Verwendung einer g. A.-Bezeichnung und der Überwachung ihrer fairen Verwendung. (Schluss) pos

Nationalrat beschloss mit einfacher Mehrheit Lightversion von Energieeffizienzgesetz

Breite Mehrheit für Strompreiskosten-Ausgleich für energieintensive Unternehmen

Wien, 2. Juni 2023 (aiz.info). - Nach dem Scheitern der Regierungsvorlage für ein "Energieeffizienz-Reformgesetz" an der von der SPÖ verhinderten Zweidrittelhürde beschloss der Nationalrat am Donnerstag mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und NEOS eine Lightversion des Energieeffizienzgesetzes. Diese übernimmt weite Teile des ursprünglichen Gesetzesvorhabens. Voraussetzung für den Beschluss mit einfacher Mehrheit war insbesondere der Entfall von Bestimmungen für verpflichtende Energieeffizienzmaßnahmen für die Länder. Es werden nur Richtwerte festgeschrieben. Breite Zustimmung gab es mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, FPÖ und NEOS für den Strompreiskosten-Ausgleich für energieintensive Unternehmen. Das Gesetz ist zur Umsetzung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie notwendig.

Außerdem sollen laut Parlamentskorrespondenz die Handlungen von Bund und Ländern in einer Strategie im Zusammenhang mit dem "NEKP" (integrierter Nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich) zusammengefasst werden. In Hinblick auf die ursprünglich vorgesehenen Bundesfördermittel von 190 Mio. Euro pro Jahr verweist die Novelle nun auf das Umweltförderungsgesetz. An Energiesparzielen soll der Ansatz beibehalten werden, den Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2030 um 650 Petajoule zu reduzieren. Beibehalten werden auch die Beratungsstellen für Bürger:innen und die Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Energiearmut sowie die Sanierungsquote für Bundesgebäude von 3%.

Strompreiskosten-Ausgleich für energieintensive Unternehmen

Mit dem Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz (SAG 2022) soll für energieintensive Unternehmen in bestimmten Sektoren ein Ausgleich für die hohen Stromkosten im Kalenderjahr 2022 über CO₂-Kosten bzw. Versteigerungserlöse geschaffen werden. Die Förderung für die Unternehmen soll, bezogen auf den EU-Emissionszertifikate-Handel, bis zu 75% der tatsächlich anfallenden indirekten CO₂-Kosten von 2022 umfassen. Die Mittel zur Bedeckung der Förderungen sind betragsmäßig mit maximal 75% der Einnahmen der im Kalenderjahr 2021 erzielten Versteigerungserlöse begrenzt.

Zugutekommen sollen die Förderungen beispielsweise Unternehmen in der Holz- und Papierherstellung oder in Sektoren der Metall- und Chemikalienerzeugung, die einen anlagenspezifischen Jahresstromverbrauch im jeweiligen Kalenderjahr von mehr als einer Gigawattstunde nachweisen können. Die Förderung soll für den darüberhinausgehenden

Jahresstromverbrauch gewährt werden. Abwickeln wird die Förderungen die Austria Wirtschaftsservice GmbH. Bezüglich durchzuführender Energieaudits verweist das Gesetz auf die Vorgaben der Energieeffizienz-Richtlinie, die für große Unternehmen bereits jetzt solche Audits vorsieht. Für den Fall, dass die EU-Kommission keine Einwände in beihilfenrechtlicher Hinsicht hat, bestehe die Absicht der Koalition, die Liste der begünstigten Sektoren wie auf die Herstellung von Chemiefasern erweitern zu können. (Schluss)

Russland soll Inspektion ukrainischer Getreideschiffe neuerlich sabotieren

Dünger wieder billiger - Russland drückt Preise - Kassamarkt in Österreich wieder erstarrt

Wien, 2. Juni 2023 (aiz.info). - Die Ukraine wirft Russland vor, kurz nach der Verlängerung des Getreide-Deals neuerlich die Inspektion ihrer Getreideschiffe zu sabotieren. Dies und etwa Sorgen, exzessive Regenfälle könnten Chinas Weizenernte zusetzen, sowie eine im Juni prognostizierte Trockenheit in den US-Sojaanbaugebieten leiteten in der zweiten Wochenhälfte eine Erholung der Kurse an den internationalen Terminmärkten ein. Diese konnte aber die zuvorgegangenen Verluste - etwa an der Euronext bei Weizen, Mais und Raps, der zwischenzeitlich unter 400 Euro/t fiel - nicht ausgleichen. Der österreichische Kassamarkt verfiel nach einer kurzzeitigen leichten Belebung wieder in Starre.

Die EU müsse, so Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** am Dienstag nach einem Agrarministertreffen, die Getreideimporte aus der Ukraine länger einschränken - und zwar am besten bis Jahresende, mindestens aber bis Ende Oktober.

Laut ukrainischen Regierungskreisen weigere sich Russland, eingehende Schiffe zu inspizieren. Russland gab bekannt, die Inspektionen von Schiffen, die den ukrainischen Hafen Juschnij anlaufen sollten, gestoppt zu haben, solange die Ammoniakleitung zwischen Togliatti und Odessa nicht für russischen Exporte freigegeben werde. Zuvor beschwerte sich Russlands Außenminister **Sergej Lawrow**, "wenn alles so bleibt, wie es gerade ist, muss man davon ausgehen, dass es nicht länger funktioniert". Er bezog sich auf anhaltende Beschränkungen für russische Agrar- und Düngemittel-Exporte sowie Sanktionen gegen die staatliche Landwirtschaftsbank bei der Zahlungsabwicklung.

Aus UNO-Kreisen hieß es zur Wochenmitte, die Vereinten Nationen wollten mit Vorbereitungen zum Transport von russischem Ammoniak durch die Ukraine die Voraussetzungen für den Export ukrainischen Getreides über das Schwarze Meer schaffen. Verhandlungen über die Exporte des russischen Ammoniaks und des ukrainischen Getreides sollten demnach parallel geführt werden.

Rabobank: Globale Düngerpreise wieder gesunken - aber teurere Produktion in Europa

Laut Rabobank würden die internationalen Düngemittelpreise langsam wieder auf historische Durchschnittswerte sinken und solle der Verbrauch heuer nach einem Einbruch von 7% im Vorjahr wieder zulegen. In der EU ging er 2022 sogar um 10% zurück. Die globale Düngerproduktion 2023 dürfte dabei den Verbrauch um knapp 2% übersteigen. Die Ammoniumpreise sind demnach im 1.

Quartal 2023 um 60% gesunken, die europäische Nachfrage erhole sich jedoch nur langsam. Die Produktionskosten von Stickstoffdüngern seien in Europa nach wie vor höher als in anderen Regionen und 30% der Produktionskapazitäten seien stillgelegt. Die Stickstoffimporte der EU aus Russland sind 2022 laut Rabobank aufgrund der Sanktionen und Zahlungsrisiken um 30% gesunken.

Russland leert um jeden Preis seine Weizenlager und drückt Preise

Zu den auf der Nordhalbkugel bevorstehenden Ernten vermeldeten die USA ein hohes Tempo der Mais- und Sojaaussat mit guten Bestandsbewertungen sowie eine über Erwartungen gute Bonitierung der Winterweizen. Zudem drückte Russland mit weiter gesenkten Exportpreisen die internationalen Weizenkurse. Es heißt auch im Zusammenhang mit der Sabotage der Schiffsinspektionen, Russland müsse seine riesigen Weizenlager vor der Ernte um jeden Preis räumen und versuche dabei mit allen Mitteln jegliche unliebsame Konkurrenz wie aus der Ukraine aus dem Weg zu räumen.

Dem Vernehmen nach soll einer der größten Weizenimporteure, Ägypten, in Schwierigkeiten geraten sein, seine Weizeneinkäufe vom Weltmarkt zu bezahlen.

Spaniens Getreideernte soll wegen der Dürre von 17,2 Mio. t im Vorjahr heuer um fast die Hälfte auf 9,1 Mio. t absacken. Das wäre um fast 60% weniger als das Mittel seit 1990. 2021 und 2022 fuhren die Iberer mit 24,4 Mio. t respektive 27,6 Mio. t noch zwei sehr gute Getreideernten ein.

Euronext-Kurse im Wochenabstand neuerlich gefallen

Vom Freitag voriger Woche bis Donnerstag dieser Woche fiel der Schlusskurs des für die neue Ernte stehenden September-Weizenkontrakts an der Euronext in Paris von 228,25 Euro/t auf 220,75 Euro/t. Der in Kürze auslaufende Kontrakt auf Mais zur Lieferung im Juni schwächte sich im Wochenabstand von 220,75 Euro/t auf 213,75 Euro/t ab. Raps mit Fälligkeit August - also aus Ernte 2023 - rutsche von 411,25 Euro/t auf 399,75 Euro/t. Zu Handelsbeginn am Freitag setzte sich zumindest die leichte Erholung bei Weizen und Raps, der wieder die Hürde von 400 Euro überwand, fort.

Österreichischer Kassamarkt wieder in Starre verfallen

Nichts geht, lauten nach einer kurzen zwischenzeitlichen Belebung nun wieder die Klagen vieler Teilnehmer am österreichischen Brotweizenmarkt. Es sei denn, einzelne Anbieter hätten Lieferschwierigkeiten bei der Erfüllung bestehender Kontrakte und es biete sich für andere die Chance kurzfristig einspringen zu können. Da gingen dann, so heißt es, doch immer wieder Kleinigkeiten. Allgemein wird aber angemerkt, seien Logistikkapazitäten knapp. Somit notierte die Wiener Produktenbörse am Mittwoch dieser Woche Qualitäts- und Mahlweizen unverändert.

Die Abgabebereitschaft für Premiumweizen - sowohl aus alter als auch aus neuer Ernte - sei wegen der Unsicherheit, wie groß und in welcher Qualität die Weizenernte 2023 anfallen werde, gegen null gehend. Gespannt blickt man auf das Wetter, ob der Weizen noch Regen abbekommt, wobei es heißt, die Wintergerstenbestände seien schon über den Berg.

Etwas Handel laufe mit Qualitätsweizen der Ernte 2023, für Mahlweizen werden im Einkauf des Handels Preisableitungen auf Niveau Euronext oder einige Euro darüber kolportiert. Angebote aus der Ukraine drückten hingegen Offerten für Mahl- und Futterweizen aus Italien deutlich unter 200 Euro/t.

Stillstand herrschte am Mais- und Ölsaatenmarkt. Abnehmer versuchten die Auslieferung von Maiskontrakten zu verzögern und Ölmühlen gäben für immer mehr Liefertermine keine Quotierungen mehr ab, wobei gleichzeitig Druckpartien neuer Ernte drängten. (Schluss) pos

Anspringen der Grillsaison beflügelt Absatz und Schweinepreis in Europa

Angebot hierzulande 15% kleiner - EU exportiert weniger Schweinefleisch

Wien, 2. Juni 2023 (aiz.info). - Das Anspringen der Grillsaison - wenn auch später als üblich - in Europa beflügelt die Schweinepreise. Nachdem in der abgelaufenen Woche Österreich, die Niederlande und Belgien dem deutschen Beispiel einer Erhöhung der Schlachtschweine-Notierung gefolgt waren, bleibt diese in Deutschland in der Kalenderwoche 23 bei einem leicht gestiegenen, für die rege Nachfrage der Schlachtbetriebe nur knapp ausreichenden Angebot unverändert. Ebenso in Österreich, wo das Angebot in der kommenden wegen Fronleichnam kürzeren Arbeitswoche einigermaßen dem Bedarf entspreche. **Johann Schlederer** vom Verband landwirtschaftlicher Veredelungsproduzenten (VLV) beschreibt den seit Pfingsten mit einer Wetterbesserung eingesetzten Grillboom mit den Worten: "Sind die Griller heiß, steigt der Schweinepreis."

Österreich, Deutschland und die Niederlande konnten mit dem Preisanstieg in der Vorwoche den Abstand zur französischen Notierung, die nach der in Spanien die zweithöchste der fünf größten EU-Länder mit Schweinehaltung ist, verringern.

Schlachtschweinenotierung in Österreich nach Anstieg unverändert

Hierzulande wurden in der laufenden, ebenfalls verkürzten Schlachtwoche alle angebotenen Schlachtschweine restlos abgenommen. Hintergrund des leergefegten Marktes, so Schlederer, sei ein gegenüber den Vorjahren rund 15% verringertes Angebot schlachtreifer Schweine. Zudem beschleunige das Grillwetter den Warenstrom und festige die Preise. Der lebhaftere Fleischabsatz entspanne die Stimmungslage in der Schlachtbranche, der es nun leichter fallen sollte, erforderliche Spannen beziehungsweise Preise im Verkauf zu lukrieren. Allerdings sei in Ländern mit schon hohen Preisniveaus die Aussicht auf weitere Preissprünge gedämpft.

Die Notierung für Mastschweine lautet somit für die Kalenderwoche 23 unverändert 2,44 Euro/kg Schlachtgewicht (Berechnungsbasis 2,34 Euro) und die für Zuchten bei 1,89 Euro (Berechnungsbasis 1,79 Euro). Der Ferkelpreis in Österreich lag in der Kalenderwoche 22 bei 4,00 Euro/kg. Die durchschnittliche Preisdifferenz zum bayerischen Ringferkel beträgt damit pro Stück ca. 5,45 Euro.

EU-Exporte zu Jahresbeginn rückläufig - China kauft aktuell wegen Covid weniger

Weiters heißt es, der Schweinefleischexport der EU nach China stagniere aktuell wegen der Verunsicherung um die sich dort wieder ausbreitende Neue Covid-Variante. Laut EU-Kommission habe die EU schon im Jänner und Februar um gut 15% weniger Schlachtgewicht an Schweinefleisch im Export absetzen können als vor Jahresfrist, den Erlös aber wegen höherer Preise um 1,5% steigern können. Die Schweinefleischlieferungen nach China gingen dabei um 8,5% zurück, wobei

das Reich der Mitte aber mit fast 30% Anteil der Exporte aus der EU größter Kunde blieb. Deutliche Rückschläge von rund einem Drittel mussten in den ersten beiden Monaten des Jahres die Ausfuhren nach den Philippinen, nach Südkorea und Australien hinnehmen, die in die USA halbierten sich sogar. Zuwächse konnten lediglich in Japan mit gut 2% sowie bei kleineren Abnehmern wie Vietnam und Malaysia erzielt werden.

Die schwächere Exportkonjunktur betraf alle wichtigen Player in der EU. Der größte Exporteur Spanien - das Land mit dem höchsten Schweinepreis in der EU - musste im Jänner und Februar ein Minus von mehr als 14% hinnehmen, die Ausfuhren Dänemarks und Deutschlands brachen um jeweils mehr als ein Fünftel ein, die der Niederlande noch immer um mehr als ein Zehntel. (Schluss) pos

Rechnungshof kritisiert Überförderung von Bauern und Vermietern bei Coronahilfen

Strasser: Schnelle Hilfe für systemrelevante Landwirtschaft nach Vorgaben für Wirtschaft im Vordergrund

Wien, 2. Juni 2023 (aiz.info). - Der Rechnungshof (RH) kritisiert laut einer APA-Meldung bei den staatlichen Coronahilfen für die Land- und Forstwirtschaft sowie für Privatzimmervermieter eine Überförderung von mindestens 9,7 Mio. Euro. Die von der Agrarmarkt Austria (AMA) abgewickelten Fördermaßnahmen hätten "erhebliche Schwächen", unter anderem seien Nachweise von Verlusten nicht erforderlich gewesen.

Bei der Härtefallfonds-Richtlinie und der Sonderrichtlinie Verlustersatz habe es Potenzial für Mehrfachförderungen gegeben, weil mehrere Förderungen zugleich in Anspruch genommen werden konnten. Der RH kritisiert, dass dies zugelassen worden sei, obwohl bereits bei der Erstellung der Härtefallfonds-Richtlinie das Potenzial für Überförderung erkennbar gewesen sei. Das Landwirtschaftsministerium, das Finanzministerium und das Wirtschaftsministerium stellten in Stellungnahmen in Aussicht, die Rechnungshof-Empfehlungen künftig zu berücksichtigen, wenn neuerlich ähnliche Förderprogramme erforderlich würden.

Bis Ende 2021 wurden an die Land- und Forstwirtschaft sowie Privatzimmervermieter Coronahilfen von 178,5 Mio. Euro ausbezahlt. 1.066 land- und forstwirtschaftliche Betriebe und 917 Privatzimmervermietungen erhielten laut Rechnungshof im Rahmen des Förderinstrumentes "Abgeltung der Einkunftsverluste" um 5,2 Mio. Euro mehr ausbezahlt, als die angegebenen Umsatzausfälle ausmachten. So hätte beispielsweise ein Umsatzausfall von 50 Cent gereicht, um eine "Abgeltung der Einkunftsverluste" von 1.100 Euro pro Antrag zu erhalten. Auch beim Lockdown-Umsatzersatz sei bei 1.385 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und 2.303 Privatzimmervermietungen das Fördervolumen um insgesamt 4,54 Mio. Euro höher als die angegebenen Umsätze gewesen.

Strasser: Schnelle Hilfe für systemrelevante Landwirtschaft nach Vorgaben für Wirtschaft im Vordergrund

Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** meinte dazu, dass die Coronapandemie von Unsicherheiten und einer sehr dynamischen Entwicklung geprägt war und dabei die Landwirtschaft als "systemrelevantes Element" im Fokus stand. "Daher war es wichtig, mit schneller und einfacher Hilfe, die ohne Umwege bei den Betrieben ankam, für Sicherheit und Stabilität zu sorgen." Der Modus der Abwicklung für die Landwirtschaft habe sich "aus Gründen der Gleichberechtigung an den bereits festgelegten Vorgaben für die Wirtschaft orientiert". (Schluss)

Messe "Land & Forst" in Wieselburg von Mikl-Leitner eröffnet

Moosbrugger: Anforderungen und Preisbereitschaft klaffen auseinander

Wieselburg/Wien, 2. Juni 2023 (aiz.info). - Noch bis Sonntag, 4. Juni, findet die Messe "Land & Forst" in Wieselburg statt, die am Donnerstag von Landeshauptfrau **Johanna Mikl-Leitner** eröffnet wurde. Dabei wird auf rund 70.000 m² die Leidenschaft zur Land- und Forstwirtschaft erlebbar gemacht. An der Eröffnung nahmen unter anderem auch LH-Stellvertreter **Stephan Pernkopf**, Bundesminister **Norbert Totschnig** und Landwirtschaftskammer Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** sowie Landwirtschaftskammer NÖ-Vizepräsidentin Andrea Wagner teil. "Mit dieser Messe wird die Wertschätzung und der Respekt gegenüber der Bauernschaft unterstrichen sowie die Wichtigkeit der Landwirtschaft in Niederösterreich und in Österreich betont", sagte die Landeshauptfrau.

Die Messe "Land & Forst" sei eine perfekte Gelegenheit, um sich mit den Herausforderungen und Chancen der Land- und Forstwirtschaft auseinanderzusetzen, so Moosbrugger. "Zu den Herausforderungen zählt das Auseinanderklaffen von Anforderungen und Preisbereitschaft sowie von Kosten und Erzeugerpreisen, was nach einem kurzfristigen Luftholen 2022 aktuell wieder deutlich spürbar ist. Es muss sichtbar werden, wer in der Lebensmittel-Wertschöpfungskette die Gewinne abschöpft, und dort gezielt angesetzt werden. Unsere bäuerlichen Betriebe müssen in Zukunft einen kostengerechten, höheren Wertschöpfungsanteil erhalten. Die Balance zwischen effizienter und nachhaltiger Produktion wird immer wichtiger. Österreichs Landwirtschaft ist dabei auf gutem Wege, auch mittels Digitalisierung", sagte Moosbrugger und verwies, auf der "Land & Forst" gebe es viele Vorzeigebispiele zu erleben.

"Die Voraussetzungen für die Land- und Forstwirtschaft sind nicht einfach", meinte Mikl-Leitner und erinnerte an Teuerung, Inflation und steigende Strompreise. "Deshalb gibt es das Versorgungssicherheitspaket auf Bundesebene, das vonseiten des Landes noch um weitere 2,5 Mio. Euro erhöht wurde. Die hohen Strompreise machen der Land- und Forstwirtschaft zu schaffen und es gibt die klare Forderung, dass die Energiepreise für die Haushalte und für die Land- und Forstwirtschaft gesenkt werden müssen."

Auch Wasser sei eine Herausforderung. "Vor Jahren wurde bereits ein Kompetenzzentrum für Bewässerung in Deutsch Wagram eingerichtet, um mit einem Masterplan die wertvolle Ressource Wasser auch in Zukunft für Land- und Forstwirtschaft zu garantieren", so die Landeshauptfrau.

Totschnig führte aus: "Wir brauchen Naturschutz mit Hausverstand und wir haben uns in der Europäischen Union erfolgreich für den Pflanzenschutz eingesetzt. Es geht jetzt in den nächsten Monaten darum, die Inflation zu bekämpfen und mehr Transparenz bei der Lebensmittelkennzeichnung zu erreichen. Die bäuerlichen Anliegen müssen sich in Europa durchsetzen, um eine Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln zu garantieren."

Pernkopf meinte: "Die landwirtschaftliche Produktion muss auch in Zukunft in Österreich beziehungsweise in Europa stattfinden. Dazu braucht es entsprechende Rahmenbedingungen, weshalb die Energiekosten für die Landwirtschaft gesenkt werden müssen. Unsere Bäuerinnen und Bauern bieten die besten Lebensmittel an."

"Wir freuen uns, erstmals unter der neuen Marke 'Land & Forst' diese Messe als land- und forstwirtschaftliches Erlebnis für den bäuerlichen Familienbetrieb präsentieren zu können. Durch die Einbindung vielfältiger Angebote für Konsumenten übernimmt die 'Land & Forst' auch die Funktion als Brückenschlag zwischen Produzent und Konsument", betonte Messe-Geschäftsführer **Werner Roher**

Bei der Eröffnung gab es auch zahlreiche Ehrungen: 14 Betriebe wurden für ihre Käse- und Milchprodukte mit dem "Kasermöndl in Gold", sechs weitere für ihre Eisprodukte mit dem "Goldenen Stanitzel" ausgezeichnet. (Schluss)

AMA-Fleischforum beschäftigt sich mit Nachhaltigkeit der Fleischwirtschaft

Diskussion über Status Quo der Fleischwirtschaft und die Zukunft tierischer Lebensmittel

Wien, 2. Juni 2023 (aiz.info). - Kaum ein Lebensmittel und dessen Produktion wird derzeit so intensiv debattiert wie Fleisch. Einmal jährlich diskutieren und informieren Expertinnen und Experten beim AMA-Fleischforum über den Status Quo der Fleischwirtschaft und die Zukunft tierischer Lebensmittel. "Den Wert von Lebensmitteln wieder in den Fokus zu stellen, sehen wir als eine unserer wichtigsten Aufgaben", so **Christina Mutenthaler-Sipek**, Geschäftsführerin der AMA-Marketing. "Veranstaltungen wie das AMA-Fleischforum leisten einen wichtigen Beitrag zur Bewusstseinsbildung und wir als Kommunikationshaus der Branche freuen uns sehr, dazu aktiv beitragen zu können." Insgesamt rund 150 Gäste folgten der Einladung der AMA-Marketing.

Fleischgerichte gehören zu den Lieblingsspeisen der Österreicherinnen und Österreicher: Jährlich kommen hierzulande durchschnittlich 58,9 kg Fleisch auf den Teller jedes Einzelnen. Am beliebtesten bei den Österreicherinnen und Österreichern ist das Schweinefleisch. An zweiter Stelle liegt Geflügel, gefolgt von Rind und Kalb. Wie viel und welches Fleisch wir essen, hat aber auch Auswirkungen auf unser Klima und die Umwelt.

Globaler Fleischkonsum und Klimawandel

Täglich entscheiden wir uns für Lebensmittel, die sich entweder positiv oder negativ auf unsere Umgebung auswirken können. Was genau Nachhaltigkeit aus Sicht der Konsumentinnen und Konsumenten bedeutet und warum uns nicht alles Wurst sein sollte, darüber sprach Journalist und Autor **Andreas Sator Anja Grunefeld**, DACH CEO The Livekindly, gab eine Prognose für den globalen Fleischkonsum ab und sprach über die Vor- und Nachteile pflanzlicher Fleischimitate und die Herausforderungen in dieser Sparte. Als weiteres internationales Beispiel wurde der dänische Weg zur Klimaneutralität präsentiert. Bis 2050 hat sich Dänemark nämlich vorgenommen, Nahrungsmittel komplett klimaneutral zu produzieren. Was wir alles vom dänischen Sektor lernen

können, erläuterte **Andreas Leegaard Riis**, Leiter Sektor Schwein Dänischer Fachverband der Land- und Ernährungswirtschaft.

"Brauchen wir überhaupt noch Nutztiere?" Mit diesem bewusst provokativ gewählten Titel ging es in die Diskussionsrunde: Wilhelm Windisch, Experte für Tierernährung an der TU München, Johann Kaufmann, Geschäftsführer Fleischhof Raabtal, Werner Fischer und Alois Lachinger, beide Mitglieder des österreichischen Klimarates, warfen die Pro- und Kontraargumente in die Runde.

Mehr Wertschätzung für Fleisch

Fleisch kann Teil einer ausgewogenen Ernährung sein. Es entscheidet aber immer die Konsumentin oder der Konsument, was gekauft wird. Dazu müssen Verbraucherinnen und Verbraucher das Angebot kennen und wissen, welchen Unterschied es macht, teures oder billiges Fleisch zu kaufen. "Fleisch ist ein wichtiger Bestandteil unserer Ernährung, der mehr Wertschätzung verdient - auch in Zukunft braucht es dafür glaubwürdige Information und vielseitige Aufklärung in allen Bereichen", betonte Ex-Vion Manager und Institute of Culinary Art (ICA) Botschafter **Bernd Stark**. Er präsentierte gemeinsam mit **Torsten Olderog**, Direktor am Institute of Culinary Art Academy, eine Initiative für mehr Wertschätzung von Fleisch, der sich in Deutschland bereits viele namhafte Unternehmen angeschlossen haben. Stark und Olderog hoben außerdem hervor, dass Fleisch immer etwas Besonderes und nicht alltäglich sein soll. "Fleisch ist ein wertvolles landwirtschaftliches Produkt, dessen Erzeugung ein natürlicher und kein industrieller Prozess ist. Es ist als integraler Bestandteil einer balancierten Ernährung anzusehen", so Olderog. (Schluss)

Landwirtschaftskammer NÖ: Intensiver Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis

Projektthemen von Pflanzenbau bis Technik - Projekt Knoblauchanbau abgeschlossen

St. Pölten/Wien, 2. Juni 2023 (aiz.info). - Die Landwirtschaftskammer NÖ ist durch die Leitung von Forschungs- und Innovationsprojekten in den unterschiedlichsten Bereichen und die Teilnahme an solchen wesentlich daran beteiligt, den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis zu intensivieren. Weiters geht es darum, Erkenntnisse und Lösungsansätze für die bäuerlichen Betriebe nutzbar zu machen. Die Projektthemen erstrecken sich über alle landwirtschaftlichen Sparten und reichen vom pflanzenbaulichen bis hin zum technischen Bereich. Ein soeben abgeschlossenes Forschungsprojekt betrifft den Knoblauchanbau in Österreich. Weiters stellen wir Projekte zur Digitalisierung, Produktionssicherung von Zuckerrüben und Biodiversität vor.

Die Landwirtschaft ist ein unglaublich dynamischer Bereich, die Herausforderungen und Technologien ändern sich laufend. Daher engagiert sich die Landwirtschaftskammer NÖ in verschiedenen Forschungs- und Innovationsprojekten - mit sehr gutem Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis. "Es geht um die Entwicklung von Strategien sowie vor allem um praxistaugliche Lösungen und diese für die Bäuerinnen und Bauern nutzbar zu machen. Damit wollen wir den Betrieben dabei helfen, noch besser auf die geänderten Bedingungen in der Bewirtschaftung und neue Herausforderungen reagieren zu können", erklärt Landwirtschaftskammer NÖ-Präsident **Johannes Schmuckenschlager**

Maßnahmen gegen bodenbürtige Krankheiten im österreichischen Knoblauchanbau

Der Knoblauchanbau hat in Österreich mittlerweile einen wichtigen Stellenwert erlangt und ist für bäuerliche Betriebe im Osten Österreichs zu einem wichtigen Standbein geworden. Ausgehend von extensiver Anbauweise für die Selbstversorgung spezialisierten sich in den letzten Jahren immer mehr Betriebe auf den Anbau von Knoblauch. Mit der Intensivierung des Anbaues ging das Auftreten von Krankheiten einher, die vor allem die Knoblauchzwiebel selbst betreffen. Fäulnis am Feld sowie Verderb bei der Trocknung und am Lager veranlassten die Knoblauchanbauer:innen, gemeinsam mit Vertreter:innen aus Forschung, Verbänden, Bildung und der Beratung ein bundesweites Projekt zu initiieren. Nun wurde das seit 2019 laufende Projekt abgeschlossen und die Ergebnisse zu Schaderregern und Vermeidungsstrategien im Knoblauchanbau präsentiert.

Es stellte sich heraus, dass gerade in der Anfangsphase des Knoblauchanbaus die Grünfäule (*Penicillium spez.*) für große Ausfälle bei der Überwinterung und im Frühjahr Verantwortung zeichnet. Als wichtigster pathogener Pilz in Zusammenhang mit Knoblauchverderb wurde eine bisher in dieser Kultur in Österreich nicht gekannte *Fusarium*-Art entdeckt, die für Trockenfäule verantwortlich ist. In beiden Fällen stehen keine wirksamen Pflanzenschutzmittel zur Verfügung bzw. sind keine Mittel zugelassen. Ansätze für eine Reduktion des Befalls sind in der Sortenwahl, der Pflanzgutqualität, Wahl des geeigneten Standortes sowie in der schonenden Ernte- und Trocknungstechnik zu sehen. Im Rahmen des Projektes wurde eine Broschüre als Leitfaden für den Anbau von Knoblauch in Österreich erstellt, soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Möglichkeiten des Pflanzenschutzes sehr eingeschränkt sind.

Digitalisierung: Optimieren landwirtschaftlicher Prozesse und effiziente Ressourcennutzung

In der LK-Technik Mold steht die Entwicklung praxistauglicher Lösungen durch den Einsatz moderner Technologien für eine zukunftsfähige und nachhaltige Bewirtschaftung im Vordergrund. Dieses Ziel verfolgt auch die Innovation Farm, ein Innovationsprojekt im Rahmen dessen die LK-Technik Mold neben der HBLFA Raumberg-Gumpenstein und der BLT Wieselburg einen der drei Standorte leitet. Mithilfe der teilflächenspezifischen Bewirtschaftung mittels intelligenter Technik und dem Einsatz von Drohnen konnten im Rahmen des Innovation Farm Use-Cases "Teilflächenspezifische Distelbekämpfung im Mais" 89% an einem Herbizid im Vergleich zur Ganzflächenbehandlung eingespart werden.

Schädlingskontrolle in der heimischen Zuckerrübenproduktion

Im Rahmen des Projektes "Aufbau von Erhebungs- und Regulierungsmaßnahmen zu ausgewählten tierischen Schädlingen im Zuckerrübenanbau" wurden bedeutende Fragestellungen zur Bekämpfung der Schaderreger Rübenderbrüssler, Blattlaus und Rübenerdfloh im heimischen Zuckerrübenanbau untersucht. Ein zentraler Aspekt war die Entwicklung eines umfassenden Larvenmonitorings für den Rübenderbrüssler, um den potenziellen Schädlingsdruck in den verschiedenen Anbaugebieten frühzeitig einzuschätzen. Zusätzlich zum bestehenden Warndienst für Rübenblattkrankheiten wurde der Rübenschädlingwarndienst eingeführt. Die Projektergebnisse sind ein wichtiger Beitrag zur integrierten Schädlingsbekämpfung in der heimischen Zuckerrübenproduktion.

Förderung der Biodiversität des Bodenlebens für mehr Bodenfruchtbarkeit

Das Projekt Boden.Biodiversität untersucht intensiv die Vorteile einer bodenaufbauenden Bewirtschaftung für die Biodiversität des Bodenlebens und deren positive Auswirkungen auf den Pflanzenbau. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Entwicklung von praxisorientierten Leitfäden und Arbeitsanleitungen ein, die Landwirt:innen dabei unterstützen sollen, ihre Böden fruchtbarer zu machen, indem sie die Biodiversität des Bodenlebens erhöhen. Um die Reichweite des Projekts zu steigern und eine breitere Zielgruppe anzusprechen, wird seit Projektbeginn die Arbeit der Versuchslandwirt:innen und Forscher:innen in den sozialen Medien auf Plattformen wie Instagram, Youtube und Facebook live dokumentiert. Zudem sind alle relevanten Informationen und Inhalte auf der Projekthomepage www.boden-biodiv.at abrufbar. (Schluss)

Südzucker zahlt wegen Wettbewerbsvergehen in Österreich 4,2 Mio. Euro Buße

Bei heimischer Agrana bisher kein Zuwiderhandeln gegen Kartellrecht festgestellt

Wien, 2. Juni 2023 (aiz.info). - Wie die APA berichtet, habe die deutsche Südzucker AG nach einem jahrelangen Kartellverfahren um Industriezucker-Geschäfte nunmehr ein Bußgeld von 4,2 Mio. Euro akzeptiert. Das Verfahren rund um Gebietsabsprachen im Vertrieb von Industriezucker könne nun nach langem hin und her zwischen Kartellgericht, Kartellobergericht und EuGH laut österreichischer Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) zeitnah abgeschlossen werden.

Demnach habe Südzucker mit einer Reaktion auf dem deutschen Markt gedroht, wenn sich die slowakische Nordzucker-Tochter nicht vom österreichischen Markt zurückziehe. Bei der heimischen Agrana Zucker GmbH - Tochter des Agrana-Konzerns, an dem Südzucker maßgeblich beteiligt ist - sei vom Erstgericht laut BWB nunmehr auch rechtskräftig kein Zuwiderhandeln festgestellt worden. (Schluss)